

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	32. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	22. November 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 10 der Tagesordnung: Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2035 Vorlage: 2016/0671

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der stadteigenen kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Karlsruhe und seine Stadtteile bis 2035 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das dynamische Szenario den weiteren Überlegungen zur Flächenbereitstellung für den Wohnungsbau zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-stimmen, 10 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Der Vorsitzende setzt um 18:49 Uhr die unterbrochene Sitzung fort und ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf:

Es gibt noch jede Menge Redewunsch von Ihnen, wie ich aus dem Ältestenrat weiß. Dem wollen wir jetzt zügig nachkommen.

Sie können dieser Prognose entnehmen, dass wir weiter von einer stark wachsenden Bevölkerung mit den entsprechenden Konsequenzen auf die Wohnungsnachfrage und Infrastruktur ausgehen. Das Amt für Stadtentwicklung hat hier eine neue Vorausberechnung vorgelegt. Darin werden vor allem zwei Dinge deutlich: Der Anstieg der Bevölkerung wird sich fortsetzen. Wir sind attraktiv für Zuwanderung aus jungen und mittleren Jahrgängen. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren wird demografiebedingt auch steigen und damit auch die Zahl der Pflegebedürftigen.

Zuletzt ist die Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz allerdings auf rund 315.300 zurückgegangen. Das hat etwas mit der Anschreibaktion der Kämmerei zu den Nebenwohnsitzlern zu tun. Daraufhin haben sich 3.200 gleich einmal abgemeldet. Die deutlich überhöhte Zahl der Personen mit Hauptwohnsitz von 307.300 im Dezember 2015 wurde aufgrund der geringeren Flüchtlingszahlen um rund 4.800 wieder korrigiert. Diese Korrekturen sind in der Vorlage entsprechend bereits berücksichtigt.

Jetzt muss ich kurz einmal schauen, wer dazu etwas sagen möchte.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Schön, dass wir jetzt alle frisch und gut gestärkt aus der Pause kommen.

Auch wenn das für die Zukunft von Karlsruhe ein viel wichtigeres Thema ist als die Rheinbrücke, möchte ich doch nicht so lange diskutieren. Wir sehen ganz eindeutig, wir haben in Karlsruhe ein Flächendilemma. Dieses Karlsruher Flächendilemma ergibt sich daraus, weil wir eine attraktive Stadt sind, weil hier immer mehr Menschen zuziehen. Wir haben, wie der Begriff Dilemma schon sagt, keine einfache Lösung dafür. Wir brauchen mehr Wohnraum. Wir brauchen dann auch entsprechende Gewerbeflächen, weil die Leute auch Arbeit brauchen. Andererseits wollen wir auch die Naherholungsflächen, Stichwort: Umweltschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz, erhalten. Da haben wir die entsprechenden Gebiete ausgewiesen.

Ich mache es jetzt kurz. Wir stimmen der Vorlage so zu, denn gerade angesichts der Mietentwicklung in den nächsten Jahren und angesichts des knappen Wohnraums, den wir jetzt schon haben, sollten wir das in der Zukunft besser planen. Natürlich ist die dynamische Entwicklung die wahrscheinlichere als die abflauende. Aber trotzdem wissen wir nicht so wirklich, wie wir das dann tatsächlich realisieren sollen mit den Flächen, die wir in Karlsruhe haben.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Das ist nicht das erste Mal, dass uns solche Bevölkerungsszenarien dargestellt werden und wir darüber debattieren. Es ist auch richtig, immer wieder zu aktualisieren, weil wir zukunftsorientiert denken und planen müssen. Die Bevölkerungsvorausrechnungen zeigen Entwicklungen auf, die wir frühzeitig angehen müssen. Vor allen Dingen auch die steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen ist etwas, was wir sehr genau im Auge haben müssen, weil das auch etwas ist, was ganz unmittelbaren Bedarf, z. B. für Kinderbetreuungsplätze hat, aber auch bei der Entwicklung von Pflegeeinrichtungen. Aber es hört damit nicht auf. Barrierefreiheit, aber auch, wie gestalten wir Freizeitangebote und für wen und der öffentliche Nahverkehr, das sind alles Dinge, die wir an solchen Bevölkerungsentwicklungen ausrichten müssen.

Prognosen können aber auch ein Anhaltspunkt sein, Dingen entgegenzuwirken. Die Studie zeigt auch auf, dass die 18- bis 30jährigen irgendwann ausdünnen werden. Da gemeinsam mit den Hochschulen dem aktiv entgegensteuern, dass der Trend nicht so stark wird, wie er heute vorhergesagt wird, kann auch eine Aufgabe sein. Insofern danken wir der Verwaltung für die Analyse und nehmen die Ergebnisse zur Kenntnis, sind auch bereit, die Planungen im Auge zu behalten. Aber es geht hier nicht nur um Kenntnisnahme und um ein im Auge behalten bei der Planung. Es geht darum, wie es in der Vorlage heißt, die Verwaltung zu beauftragen, bei den weiteren Überlegungen zur Flächenbereitstellung für den Wohnungsbau das dynamische Szenario zugrunde zu legen.

Das dynamische Szenario und das normale Szenario unterscheiden sich vor allen Dingen im Vorhersagezeitraum 2025 – 2035. Diesen Unterschied sollen wir heute schon bei Planungen zum Wohnungsbau mitberücksichtigen. Letzten Endes geht es dann auch um die Frage: Mehr Fläche für Wohnungsbau ausweisen, weil wir diesem dynamischen

Szenario folgen. Der Eintritt von Prognosen hängt aber sehr stark davon ab, wie groß die zeitliche Entfernung zu einem Ereignis ist. Es zeigt sich in wissenschaftlichen Studien immer wieder, dass je größer die Entfernung ist, desto weniger können wir tatsächlich sagen, ob Prognosen eintreffen. Wenn Sie heute denken, was wir nicht einmal vor einem Jahr für möglich gehalten hätten, was heute in der Türkei geschieht, dass ein Herr Trump Präsident der Vereinigten Staaten wird oder was bei VW geschieht, oder dass Samsung Handys produziert, die brennen. Also all diese Dinge sind eigentlich auch undenkbar in so einem kurzen Zeitraum. Jetzt rechnen wir heute und wollen vorhersagen, was nicht in 10 Jahren geschieht, sondern über den Zeitraum hinaus. Das halten wir für eine Art Kaffeesatzleserei. Das kann man tun. Aber danach zu planen und unseren Wohnungsbedarf daran auszurichten, das geht uns zu weit.

Letzten Endes können wir die Motivation der Verwaltung, das so tun zu wollen, gut nachvollziehen. Aber ich hoffe, dass Sie auch verstehen können, dass wir dem nicht folgen werden. Für uns ist der Erhalt von Frei- und Grünflächen ein essentieller Bestandteil einer zukunftsprächtigen gesunden Stadt. Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern zeigen immer wieder, wie wichtig den Menschen das Grün in der Stadt ist. Wir sind der Ansicht, dass wir hier nur dann Einschnitte machen sollten, wenn es gar nicht anders geht. Wir werden bei den anstehenden Beratungen um den Flächennutzungsplan das Nötige tun, um in den kommenden Jahren den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen. Wir werden dabei aber solche weitreichenden, die gesamte Stadt verändernde Entscheidungen nicht auf Szenarien stützen, deren Wahrscheinlichkeit wir heute nicht seriös abschätzen können. Wir bitten daher die Verwaltung, auf die Formulierung, dass wir auf das dynamische Szenario zurückgreifen bei der weiteren Planung des Wohnungsbaus, zu verzichten, also dies zu streichen. Ansonsten können wir der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich kann mich dem letzten Beitrag von den GRÜNEN nur anschließen. Wir sehen es so, dass man die Interessen derjenigen, die zu uns zuziehen wollen, abwägen muss gegenüber den Interessen derjenigen, die hier bereits wohnen, und viele hier in Generationen schon wohnen. Die Leute wohnen gerne in Karlsruhe, gerade weil es eine gute Mischung ist aus dichter Bebauung in der Innenstadt, aus dünnerer Bebauung in den Randgebieten und aus vielen Grünflächen zwischendrin. Karlsruhe ist eine attraktive Stadt. Aber wir wollen auch, dass Karlsruhe eine attraktive Stadt bleibt. Eine attraktive Stadt bleiben wir nur, wenn wir eben nicht alles zubauen und wenn wir uns genau überlegen, ob wir einen Grünzug opfern wollen, nur um dort zusätzliche Wohnbebauung hinzustellen. Denn irgendwann werden wir zusätzliche Probleme bekommen. Die Durchlüftung wird nicht mehr so funktionieren wie bisher. Wenn ich nur daran denke, wie man im Bereich zwischen Nordstadt und Neureut jetzt daran geht, die Trasse, die jetzt noch da ist, wo der Luftaustausch stattfinden kann mit der Strömung aus dem Westen, immer weiter zuzubauen, nur um mehr Wohnbebauung zu schaffen.

Wir sind der Meinung, dass man diese Themen nicht mehr außer Acht lassen kann. Wir haben an vielen Stellen schon diskutiert über die Erwärmung im Innern der Stadt. Die Erwärmung im Innern der Stadt kann nur verhindert werden, wenn weiterhin freie Flächen bleiben, die es erlauben, dass bei der Sommerhitze kalte Luft von außen hereinströmt. Auch das spricht dagegen, dass man weiterbaut.

Es geht darum, die Interessen der Leute, die hier wohnen, auch im Blick zu halten. Das bedeutet, dass wir nicht so stark Wohnbebauung zulassen können, wie es nötig wäre, wenn man von diesem Szenario ausgehen würde. Deswegen: Falls diese Formulierung nicht geändert wird, müssen wir leider auch dagegen stimmen, obwohl wir finden, dass der Bericht an sich sehr hilfreich ist. Man sieht z. B. dass wir gerade in den letzten Jahren, da zitiere ich jetzt einmal, „Nettofortzüge von jungen Familien in der Gründungs- und Wachstumsphase“ hatten, die von Karlsruhe weg gezogen sind in die Umgebung. Das ist auch ein Problem. Da muss man sich fragen: Sind wir nicht mehr attraktiv für junge Familien? Woran könnte das liegen? Hier gibt es schon einige Informationen, die wichtig sind. Man sieht auch, dass wir sehr viele Ausländer haben, die von außen zu uns kommen. Da muss man sich fragen, ob das wirklich so weitergehen wird. Also ist die Frage, ob man wirklich auf der Basis ein solches Szenario folgern kann. Es sind sehr viele Informationen, die sicher hilfreich sind.

Aber die Antwort, die wir jetzt geben sollen, dass wir einfach vom größtmöglichen Zugang ausgehen sollen, das können wir leider nicht mitgehen.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Diese Vorlage wirft doch viele Fragen auf. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, hier zunächst eine Einführung zu den Dingen zu geben. Denn was soll das eigentlich? Sollen wir jetzt die Zahlen zur Kenntnis nehmen und einfach sagen, das, was hier vorher gesagt wird, tritt so ein? Oder müssen wir die Frage stellen: Sollen Maßnahmen ergriffen werden – wenn das überhaupt geht –, die Attraktivität Karlsruhes zu reduzieren, damit dieses Szenario nicht eintritt? Denn im Prinzip klingt es danach, auch wenn man es liest, dass der Erfolg auch seinen Preis hat. Wenn wir nicht bereit sind, diesen Preis zu zahlen, dass mehr Leute kommen, dann müssen wir uns etwas überlegen, dass wir nicht so attraktiv sind. Das wollen wir natürlich nicht. Also müssen wir uns vielleicht doch damit auseinandersetzen, dass es zu einer solchen Entwicklung kommen kann.

Prognosen sind immer Fortschreibungen, denn die Zukunft selbst können wir nicht kennen. Bei der Stiftungsvorlesung des Heinrich-Hertz-Preises in der Uni hat Prof. Harms gesagt, durch die Digitalisierung in den nächsten 20 Jahren bleibt kein Stein auf dem anderen. Was will man daraus dann für Prognosen ziehen? Mit der Digitalisierung werden wir uns auch noch befassen müssen.

Aber, Herr Wohlfeil hat ein Thema angesprochen, das hat mich auch etwas berührt, als ich gelesen habe, wir sollen nur Kenntnis nehmen, dass das dynamische Szenario der Flächenbereitstellung für den Wohnungsbau zugrunde zu legen ist. Für Gewerbe und Industrie aber nicht. Die Leute, die nach Karlsruhe kommen, kommen vielleicht auch, weil sie hier arbeiten wollen. Vielleicht müssen wir hier auch für Gewerbe entsprechend Flächen bereitstellen. Das nur für den Wohnungsbau zur Kenntnis zu nehmen, dann hätte die Vorlage „Kleinräumige Bevölkerungsprognose“ vielleicht etwas anders lauten müssen. Denn das schließt eigentlich Leben und Arbeiten ein.

Dann ist mir eine Frage wichtig: Die Zweitwohnsitzkampagne. Wir geben Geld aus, damit die Studenten ihren Erstwohnsitz in Karlsruhe anmelden. Das fließt in diese Prognose mit hinein. Aber diese Erstwohnsitzkampagne hört nach vier Jahren auf, so lange die

Leute studieren. Denn die kommen nur während ihres Studiums nach Karlsruhe. Dann werden sie Karlsruhe wieder verlassen. Denn wir bedauern ja, dass von den Studenten, die alle hier sind, so wenige in Karlsruhe bleiben. Die gehen alle wieder weg. Also verringern wir die Bevölkerung. Und es kommen wieder Leute dazu, d. h., diese dynamische Fortschreibung, in der die Erstwohnsitzkampagne vorhanden ist, sehe ich nicht. Denn die Zu- und Abgänge aus dieser Erstwohnsitzkampagne heben sich irgendwann auf. Es sei denn, wir gehen nicht davon aus, dass sich die Universitäten noch vergrößern, dass immer mehr Studenten nach Karlsruhe kommen.

Ich glaube, selbst wenn wir zustimmen, dass wir diese Szenarien zugrunde legen, heißt das noch nicht, dass das eintritt. Das ist das Eine. Aber: Es ist schon die Frage, ob wir damit diese Bevölkerungszunahme, die hier angenommen wird, herbeireden, wie es den Eindruck hat. Denn wir müssen uns darauf einstellen. Tritt es doch ein, bleiben wir so attraktiv, dann können wir nicht plötzlich sagen, jetzt haben wir eben Pech gehabt. Wir haben jetzt nicht die Schulen und wir haben jetzt nicht die Wohnungen dafür. Es beantwortet eigentlich nicht die Fragen, die man sich stellt, wenn man diesen Bericht hier liest. Aber wenn schon Kenntnisnahme, dann können wir eigentlich nur diese kleinräumige Bevölkerungsprognose zur Kenntnis nehmen, aber nicht mit den weiteren Überlegungen uns hier abfinden.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich kann mich entsinnen, vor Jahren haben wir schon einmal eine Prognose anzunehmen gehabt. Da gab es drei verschiedene Szenarien, eine untere, eine mittlere und eine obere. Ich weiß, die GRÜNEN und ich haben damals für die mittlere, die gemäßigte gestimmt. Was ist passiert? Es ist genau die dynamische, diese höchste Steigerung gekommen. Wir werden überrollt von diesen Entwicklungen, wenn wir uns nicht darauf einstellen. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir dieses dynamische Szenario annehmen und als Basis nehmen für weitere Überlegungen.

Natürlich hat Karlsruhe Grenzen. Natürlich hat es Wachstumsgrenzen, bevölkerungsmäßig wie vom Grünen her. Aber da müssen wir auch neu denken mit dem Umland. Dann werden wir auch richtig liegen. Deswegen bestätige ich der Verwaltung ausdrücklich hier, dieses Szenario anzunehmen und mitzugehen.

Stadtrat Hermanns (SPD): Eigentlich wollten wir dazu nicht reden. Aber wir haben uns jetzt doch entschieden. Zum einen, Frau Kollegin Dr. Leidig, wir können auf der einen Seite Prognosen nicht zur Grundlage nehmen und auf der anderen Seite Prognosen zur Grundlage nehmen, um langfristige Entwicklungen in der Stadt vorausschauend zu planen. Ich glaube, dass auch aufgrund unserer Stärke als IT-Standort wir durchaus eine Dynamik entfalten werden, Herr Dr. Heilgeist hat es auch vorhin angesprochen. Die Digitalisierung wird eine neue Dynamik in der Wirtschaft entfalten. Wir als Stadt haben genau auch dieses entsprechende Flair hier am Standort, alle Zutaten, um genau in dem Bereich einen zentralen Punkt aufzuschlagen in Deutschland.

Das wird dazu führen, dass wir deutlich mehr Mitarbeiter nach Karlsruhe bekommen werden und wir auch für diese Mitarbeiter deutlich mehr Wohnraum benötigen werden. Das Schöne dabei ist aber, Herr Dr. Heilgeist, dass diese Mitarbeiter oder Fachkräfte, die hierher kommen, nicht die klassischen Gewerbegebiete brauchen, sondern die Unternehmen, die sich hier ansiedeln und die bestehen, in Büroräumen weiterentwi-

ckeln. Vielleicht haben wir da sogar einen schönen Spagat, dass wir das Wachstum mit unseren bestehenden Flächen doch zumindest eine Zeitlang sehr gut abdecken können.

Aus unserer Sicht muss es sein, dass, wenn wir solche Prognosen haben, vorausschauend die Verwaltung sich auch Gedanken machen muss in unterschiedlichen Szenarien, wie man darauf reagieren kann. Wenn wir uns das betrachten, 20 Jahre sind im Planungszeitraum einer Kommune nicht sehr lange. Wenn wir uns das anschauen, wie lange auch die ganzen Planverfahren brauchen, sollten wir uns schon dafür rüsten, wenn diese Szenarien eintreten, dass wir auch dafür gewappnet sind, weil wir keine kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten haben. Von daher nehmen wir diese Prognose zur Kenntnis und werden dieser auch zustimmen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich möchte auf einen Satz von Herrn Dr. Schmidt kurz antworten. Er hat gemeint, man muss abwägen zwischen den Interessen der Einheimischen und der Zugezogenen. Ich behaupte, das ist hier kein Interessenskonflikt zwischen den Einheimischen und den Zugezogenen. Denn die Leute, die schon immer in Karlsruhe wohnen, haben genauso ein Problem damit, wenn der Wohnungsmarkt total überhitzt ist und man keine Wohnung mehr bekommt. Dass wir Nettoabzug von jungen Familien haben, hängt gerade damit zusammen, weil es eben in letzter Zeit immer mehr Studierende gibt. Wenn man eine Familie gründen will, zieht man zusammen. Dann braucht man mehr Raum für eventuell ein Kind. Dann finden die Leute keine Wohnung mehr in Karlsruhe und ziehen teilweise aus Karlsruhe weg. Deswegen haben wir aktuell diesen Nettoverlust bei den jungen Familien.

Ich möchte ganz klar widersprechen, dass es den Wohnungsmarkt in Karlsruhe vernünftig zu gestalten, irgendetwas mit einem Interessenskonflikt zwischen Leuten, die hier schon wohnen und Leuten, die hier zuziehen, zu tun hätte.

Zu einem anderen Punkt, weswegen ich wie Kollege Hermanns meine, dass das dynamische Szenario das wahrscheinlichere ist. Es ist so, dass durch die Digitalisierung immer mehr der niedrig qualifizierten Jobs wegfallen. Das ist ein volkswirtschaftliches Problem. Aber das sorgt vor allem dafür, dass Hochschulstandorte, wie Karlsruhe einer ist, immer mehr Zulauf haben. Denn immer mehr Leute studieren nach der Schule, weil sie nur dadurch einen Job bekommen. Dadurch werden die Hochschulen in Karlsruhe weiterhin immer mehr Studierende haben. Die Bevölkerungszahl von Karlsruhe wird eher – wie auch in den vergangenen Jahren – dem höchsten Anwachs entsprechen, als dem mittleren oder dem gehemmten. Deswegen gehe ich stark davon aus, dass die dynamische Entwicklung die ist, die eintreten wird.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Aber man weiß es nicht!)

- Aber man weiß es nicht. Aber von irgendeiner Prognose muss man ausgehen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich möchte an dieser Stelle doch noch einmal daran erinnern, dass wir sehr wohl Wohnraum brauchen. Was aber macht die Stadt Karlsruhe seit einigen Jahren? Sie erneuert nicht die Mietpreisbindungen. Dadurch entsteht folgendes Problem: Personen, die einen preisgünstigen Wohnraum brauchen, können sich die Mieten hier nicht mehr leisten. Da wir TechnologieRegion sind, da wir

alle von Digitalisierung sprechen, gerne Akademikerinnen und Akademiker hätten, die unsere digitale Welt bedienen, ist es auch von Interesse, dass die sich hier ansiedeln. Die bekommen die guten Jobs. Sie können die teuren Mieten zahlen und verdrängen letztlich Teile der Bevölkerung, die diese Mieten nicht zahlen können.

Natürlich, aus Sicht einer Stadt ist es attraktiv, lukrativ, denn sie hat auch mehr Steuern, mehr Einnahmen. Die Frage ist aber, ob dann der Titel „Soziale Stadt“ noch gerechtfertigt ist, wenn wir nicht Konzeptionen haben, damit die Personen, die nur wenig bezahlen können, einen vernünftigen Wohnraum bekommen und wir nicht nur die akademischen, gut bezahlten Kräfte hereinbekommen.

Im Übrigen bin ich sehr dafür, das war immer unser Appell, dafür zu sorgen, dass die Kinder im 1. bis 6. Lebensjahr eine qualifizierte Kita oder einen Lebensweg bekommen, damit sie nachher nicht mit Hauptschulabschluss oder ähnlichem hängen bleiben, sondern dass sie genau diese guten Jobs später auch annehmen können. Aber auch da fehlt uns das Konzept oder auch der Mut, größere Schritte zu machen. Damit meine ich jetzt nicht nur die Kommune, sondern Bund und Land in der Gesamtpolitik der Bildung, dass hier zu wenig investiert wird und dass wir uns dann am Ende als Stadt auch noch freuen, dass wir leicht Investoren bekommen, die teure Wohnungen bauen und wir selbst zu wenig Geld in die Hand nehmen, um preiswerten Wohnraum zu erstellen. Ich betone noch einmal: Es geht uns nicht darum, nur Neubauten, sondern auch aus den vorhandenen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Letzter Satz noch dazu: Vielleicht müssen wir noch enger mit der Region zusammenarbeiten und sagen, wir können nicht nur die Gemarkung Karlsruhe betrachten. Wir müssen Wohnraum schaffen für die Bürgerinnen und Bürger, die hier in der Stadt, in der Region wohnen. Dazu müssen wir gemeinsam Geld in die Hand nehmen und den Wohnraum schaffen, und zwar für alle Gehaltsgrößen.

Der Vorsitzende: Ich verspreche Ihnen, dass wir bei den entsprechenden Flächennutzungsplänen, die die Stadt wie die Region betreffen, ausreichend Gelegenheit haben, alles dies noch einmal am Einzelbeispiel wie im Gesamten zu besprechen. Jetzt geht es erst einmal nur darum, dass Sie eine entsprechende kleinräumige Bevölkerungsprognose für 2035 zur Kenntnis nehmen. Ihre Wortbeiträge haben gezeigt, dass Sie das alles schon gemacht haben. Wir empfehlen Ihnen ausdrücklich, diese dynamische Prognose für gegebene Infrastrukturplanung zugrunde zu legen, weil wir schon oft die Erfahrung gemacht haben – ich erinnere nur an die Grundschulen Südstadt-Ost und viele andere Beispiele –, dass wir uns meistens eher etwas zu konservativ – konservativ ist vielleicht etwas zu reduziert – vertun in der Prognose und von der Dynamik eher überrollt werden, als dass es umgekehrt ist. Dennoch sind die Zahlen bei beiden Prognosen bis zum Jahr 2025 relativ identisch. Aber in der Perspektive würden wir doch immer eher von ein bisschen mehr ausgehen, was wir anschließend brauchen, als weniger. Aber das nimmt jetzt keine Entscheidung vorweg, irgendwo etwas weniger oder mehr dynamisch zu errichten oder nicht. Ich halte es dennoch für sinnvoll, dass wir auch immer im Hinterkopf haben, dass wir selbst mit diesem Bevölkerungszuwachs dann zurecht kommen sollten. Dass das ein regionales Thema ist, das wird sich dann beim Flächennutzungsplan noch einmal sehr deutlich zeigen.

Ich würde von daher auch bei unserer Formulierung von Seiten der Stadt bestehen bleiben wollen und stelle jetzt die Vorlage, so wie sie da liegt, zur Abstimmung und bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. Januar 2017